



# Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

43/2015 23.10.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## Fachtagung

### [Normen und Stand der Technik in der Öffentlichen Verwaltung](#)

12. November 2015, Landhaus, Linz

Veranstalter: Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre in Kooperation mit dem Amt der Oö. Landesregierung

---

## Neu: 2. aktualisierte und erweiterte Auflage

*Franz Leidenmühler*

### [Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union](#)

Das Studienbuch Europarecht wurde speziell für die Bedürfnisse des universitären Europarechtsunterrichts entwickelt, wird aber zugleich auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Es vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis von Aufbau und Funktionsweise der Rechtsordnung der Europäischen Union.

35 Euro, 2. Auflage, XX und 296 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. Juli 2015, ISBN 978-3-902883-24-7

---

## I. Bundesgesetzblatt

### [BGBl II 311/2015](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit über Überwachungsprogramme hinsichtlich ausgewählter Erreger sowie Indikatorbakterien bei Rindern, Schafen, Schweinen und Geflügel, sowie deren Resistenzverhalten gegenüber Antibiotika (**Überwachungsprogramme-Verordnung 2015**)

#### [BGBl II 312/2015](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit über den Schutz von Tieren bei der Schlachtung oder Tötung (**Tierschutz-Schlachtverordnung**)

#### [BGBl II 313/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen: **Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015** – VRV 2015

#### [BGBl II 319/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über die **zeitlich befristete Festlegung eines Düngemittelausbringungsverbotszeitraumes**

#### [BGBl III Nr 148/2015 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus über **Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe in Zollsachen** samt Anhang

## II. Amtsblatt der EU

#### [ABl L 272/1 v 16.10.2015, 1](#)

Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur **Festlegung der Verfahren** der Union im Bereich der **gemeinsamen Handelspolitik** zur Ausübung der Rechte der Union nach **internationalen Handelsregeln**, insbesondere den im Rahmen der **Welthandelsorganisation** vereinbarten Regeln

## III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

### A. Verfassungsgerichtshof

#### 17.09.2015, [G 412/2015 ua](#)

**ZPO; AußStrG**; Abweisung eines **Verfahrenshilfeantrags** zur Einbringung eines Parteiantrags auf Aufhebung von Bestimmungen des AußStrG und der ZPO als aussichtslos; Entscheidung über die Ablehnung eines medizinischen Sachverständigen **keine in erster Instanz entschiedene Rechtssache**

#### 25.09.2015, [V 41/2015](#)

**Doppelbesteuerungsabkommen Österreich-Liechtenstein**; Gesetzwidrigkeit einer Verordnung der Bundesministerin für Finanzen über die **Anwendbarkeit der Kassenstaatsregel** des österreichisch-liechtensteinischen Doppelbesteuerungsabkommens; Widerspruch der angeordneten Anwendung auf alle Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer eines öffentliche Funktionen ausübenden Vertragsstaats bzw einer seiner Gebietskörperschaften, unabhängig von der konkreten Tätigkeit der Einzelperson, gegen den klaren Wortlaut der Verteilungsnorm betr die Anwendung auf Vergütungen für in Ausübung öffentlicher Funktionen erbrachte Dienste

#### 25.09.2015, [G 111/2015](#)

**EStG**; keine Verletzung des Vertrauensschutzes aufgrund der durch das 1. Stabilitätsg 2012 bewirkten **Neuregelung privater Grundstücksveräußerungen**; kein Bestehen einer Rechtslage bei der der Gesetzgeber bestimmte Verhaltensweisen gefördert hätte, die durch das 1. Stabilitätsg 2012 mit Blick auf die **dem Privatvermögen zuzurechnenden Grundstücke**, die zum 31. März 2012 nicht steuerverfangen waren, entwertet wären

01.10.2015, [G 346/2015](#)

**MietrechtsG; VfGG**; Verfassungswidrigkeit der generellen Ausnahme aller in einer Bestimmung des MietrechtsG geregelten Verfahren von der Möglichkeit der Stellung eines **Parteiautrag auf Normenkontrolle**; keine Erforderlichkeit im Sinne einer **Unerlässlichkeit der Regelung des VfGG** für die Sicherung des Zwecks des Verfahrens vor dem ordentlichen Gericht

## B. Verwaltungsgerichtshof

29.07.2015, [2013/07/0183](#)

**WasserrechtsG**; bei einem **Verfahren nach § 138 Abs 2 WasserrechtsG** handelt es sich ausschließlich um ein Verfahren zwischen der Wasserrechtsbehörde und denjenigen Personen, denen eine eigenmächtig vorgenommene Neuerung oder eine unterlassene Arbeit zur Last fällt; die Berufungsbehörde belastet ihren Bescheid nicht mit Rechtswidrigkeit, wenn sie den auf § 138 Abs 1 lit a WasserrechtsG gestützten erstinstanzlichen Auftrag unter Heranziehung des § 138 Abs 2 leg cit bestätigt; Parteistellung hätte den bf Parteien lediglich ein nach § 138 Abs 1 iVm § 138 Abs 6 leg cit gestellter Antrag vermittelt

29.07.2015, [Ra 2015/07/0078](#)

**ImmissionsschutzG - Luft**; nach § 14 Abs 1 ImmissionsschutzG - Luft können für Kraftfahrzeuge iSd § 2 Abs 1 Z 1 KraftfahrG oder für bestimmte Gruppen von Kraftfahrzeugen Geschwindigkeitsbeschränkungen und zeitliche und räumliche Beschränkungen des Verkehrs angeordnet werden; **Elektrofahrzeuge** sind nur von zeitlichen und räumlichen Beschränkungen des Verkehrs und **nicht von Geschwindigkeitsbeschränkungen ausgenommen**

29.07.2015, [Ra 2015/07/0092](#); [Ra 2015/07/0093](#)

**VwGVG**; durch die Einschränkung der Berufung auf die Bekämpfung der Strafhöhe war „**Sache**“ des bei der Berufungsbehörde anhängigen Verfahrens nur mehr die Straffrage; dies gilt gleicherweise für eine **auf die Strafhöhe eingeschränkte Beschwerde** an das LVwG

09.09.2015, [Ro 2015/03/0032](#)

**WaffenG; VwGVG**; besteht eine behördliche Entscheidung zwar nicht aus trennbaren Absprüchen, wird jedoch **lediglich** eine im Abspruch enthaltene **Nebenbestimmung in Beschwerde gezogen**, ist das VwG dennoch verpflichtet zu prüfen, ob der bekämpfte Bescheid insgesamt auf dem Boden der subjektiv-öffentlichen Parteirechte in der Rechtsordnung Deckung findet; ggst musste das VwG daher prüfen, ob der revisionswerbenden Partei ein Waffenpass (allenfalls mit einer Beschränkung iSd § 21 Abs 4 WaffenG) überhaupt erteilt werden darf

29.09.2015, [2012/05/0073](#)

**UmweltverträglichkeitsprüfungsG**; bescheidmäßige **Feststellung**, dass für das ggst Projekt „110 kV-Netzabstützung Villach“ keine **Umweltverträglichkeitsprüfung** durchzuführen ist; die belangte Behörde hätte sowohl bei der Frage, ob durch die vorgesehenen Rodungen der in Z 46 lit a des Anhanges 1 zum UmweltverträglichkeitsprüfungsG vorgesehene Schwellenwert erreicht wird, als auch im Rahmen der **Einzelfallprüfung** nach § 3 Abs 2 leg cit von einem **Gesamtprojekt** auszugehen gehabt; mangelnde Ermittlungen der Behörde zum flächenmäßigen Ausmaß der Rodung

## C. Verwaltungsgerichte

BVwG 28.09.2015, [W129 2108355-1](#)

**Bundes-Personalvertretungs-WahlO**; § 17 Abs 2 Bundes-Personalvertretungs-WahlO ist dahingehend auszulegen, dass genau eine gültige Stimme vorliegt, auch wenn das **Wahlkuvert mehrere für dieselbe Wählergruppe ausgefüllte Stimmzettel** enthält

**BVwG 07.10.2015, [W228 2014295-1](#)**

**AVG; E-GovG**; eine gültige **Amtssignatur** kann allenfalls die Unterschrift bzw die Beglaubigung ersetzen, jedoch nicht die Anführung des Namens des Genehmigenden gem § 18 Abs 4 AVG; die **Visualisierung der Signatur** ist am Ende des Textes anzubringen; aus der Nichterfüllung der Formerfordernisse folgt ggst die absolute Nichtigkeit der Erledigung

**LVwG Oö 07.10.2015, [LVwG-150257](#)**

**AVG; Aussetzung eines Verfahrens** aufgrund der **Erhebung einer Revision** an den VwGH gegen einen aufsichtsbehördlichen Bescheid; bei zu erwartenden Rechtsmittelentscheidungen hinsichtlich eines Teilaspekts des Gesamtverfahrens handelt es sich um keine Vorfrage iSd § 38 AVG, weil verfahrensökonomische Aspekte insoweit nicht zu berücksichtigen sind

**LVwG Oö 22.10.2015, [LVwG-490017](#)**

**VwGVG**; die **Erlassung einer Beschwerdeentscheidung** liegt im **Ermessen der Behörde**, das stets iSd Gesetzes auszuüben ist; gerade bei Sachverhaltskonstellationen, die keine gerichtsförmigen (dh streitschlichtenden) Verfahrenshandlungen, sondern typischerweise eine behördliche Vorgangsweise erfordern – wie etwa **einfache Ermittlungstätigkeiten** zur Klärung, ob ein Empfänger während der Hinterlegung des Bescheids beim Postamt ortsabwesend war –, ist es daher in erster Linie Sache der Behörde, diese selbst vorzunehmen

**Hinweis:** Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich ([www.lvwg-ooe.gv.at](http://www.lvwg-ooe.gv.at)) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ ([www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at](http://www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at); seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

**LVwG Tirol 26.06.2015, [LVwG-2015/25/1364-2](#)**

**GenossenschaftsrevisionsG**; keine **Parteistellung einer Genossenschaft** im Fall einer **Satzungsänderung des Genossenschaftsverbands**; eine Statutenänderung kann keine Parteistellung für die Genossenschaft zur Folge haben, wenn dies auch beim denkmöglich größten Eingriff dieser Art, nämlich der Entziehung der Anerkennung des Revisionsverbands und dem damit ex lege verbundenen Verlust der Verbandszugehörigkeit der betroffenen Genossenschaften nicht der Fall ist

## IV. Gerichtshof der Europäischen Union

### A. Gerichtshof

**[21.10.2015, Rs C-347/14, New Media Online](#)**

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Richtlinie 2010/13/EU** – Begriffe ‚Sendung‘ und ‚audiovisueller Mediendienst‘ – Bestimmung des **Hauptzwecks** eines **audiovisuellen Mediendienstes** – Vergleichbarkeit des Dienstes mit Fernsehprogrammen – Einbindung kurzer **Videos** in einen Bereich der **Website** einer im **Internet** verfügbaren **Zeitung**

**[21.10.2015, Rs C-215/15, Gogova](#)**

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Zuständigkeit sowie **Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen** und in Verfahren betreffend die **elterliche Verantwortung** – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Anwendungsbereich – Art 1 Abs 1 Buchst b – Zuweisung, Ausübung, Übertragung sowie vollständige oder teilweise Entziehung der elterlichen Verantwortung – Art 2 – Begriff ‚elterliche Verantwortung‘ – Rechtsstreit zwischen den Eltern wegen der Reise ihres Kindes und der **Ausstellung eines Reisepasses** an dieses **Kind** – **Zuständigkeitsvereinbarung** – Art 12 – Voraussetzungen – Anerkennung der Zuständigkeit der angerufenen Gerichte – **Nichteinlassung** des Beklagten – **Keine Rüge** der **fehlenden Zuständigkeit** durch den von den angerufenen Gerichten von Amts wegen bestellten Vertreter des Beklagten

[22.10.2015, Rs C-552/13, Grupo Hospitalario Quirón](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Dienstleistungsaufträge – Richtlinie 2004/18/EG – Art 23 Abs 2 – Erbringung öffentlicher Gesundheitsdienstleistungen – Erbringung von **Gesundheitsdienstleistungen öffentlicher Krankenhäuser in privaten Einrichtungen** – Erfordernis der Erbringung der Dienstleistungen in einer konkreten Gemeinde

[22.10.2015, Rs C-20/14, BGW Beratungs-Gesellschaft Wirtschaft](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Marken – Richtlinie 2008/95/EG – Weitere Eintragungshindernisse oder Ungültigkeitsgründe – **Wortmarke** – Buchstabenfolge, die mit einer älteren Marke übereinstimmt – **Hinzufügung** einer beschreibende **Wortkombination** – Vorliegen einer **Verwechslungsgefahr**

[22.10.2015, Rs C-126/14, Sveda](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 168 – Recht auf Vorsteuerabzug – **Vorsteuerabzug** für den **Erwerb** oder die **Herstellung** von **Investitionsgütern** – Freizeitweg, der unmittelbar dazu bestimmt ist, von der Öffentlichkeit kostenfrei genutzt zu werden – Verwendung des Freizeitwegs als Mittel zur Erzielung besteuert Umsätze

[22.10.2015, Rs C-185/14, EasyPay und Finance Engineering](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Postüberweisungsdienstleistung** – Richtlinie 97/67/EG – Geltungsbereich – Nationale Regelung, die ein ausschließliches Recht zur Erbringung von Postüberweisungsdienstleistungen verleiht – Staatliche Beihilfen – Wirtschaftliche Tätigkeit – **Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

[22.10.2015, Rs C-194/14 P, AC-Treuhand/ Kommission](#)

Rechtsmittel – **Wettbewerb** – Kartelle – **Europäische Märkte** für Zinn- und ESBO/Ester-**Wärmestabilisatoren** – (ex-)Art 81 Abs 1 EG – Anwendungsbereich – Beratungsunternehmen, das nicht auf den betroffenen Märkten tätig ist – Begriffe **„Vereinbarung zwischen Unternehmen“** und **„abgestimmte Verhaltensweise“** – Berechnung der Geldbußen – Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen von 2006 – **Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung**

[22.10.2015, Rs C-245/14, Thomas Cook Belgium](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Verordnung (EG) Nr 1896/2006 – **Europäisches Mahnverfahren** – Verspäteter Einspruch – Art 20 Abs 2 – Antrag auf Überprüfung des Europäischen Zahlungsbefehls – Einrede der Unzuständigkeit des Ursprungsgerichts – **Europäischer Zahlungsbefehl**, der gemessen an den in dieser Verordnung festgelegten Voraussetzungen **zu Unrecht erlassen** worden ist – Keine Offensichtlichkeit – Keine außergewöhnlichen Umstände

[22.10.2015, Rs C-264/14, Hedqvist](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst c und Art 135 Abs 1 Buchst d bis f – **Dienstleistungen gegen Entgelt** – **Umtausch** der **virtuellen Währung „Bitcoin“** in konventionelle Währungen – Befreiung

[22.10.2015, Rs C-277/14, PPUH Stehcemp](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – **Mehrwertsteuer** – Sechste Richtlinie – Recht auf Vorsteuerabzug – **Ver-sagung** – **Verkauf**, der von einer **als nicht existent angesehenen Einrichtung** durchgeführt wird

[22.10.2015, Rs C-378/14, Trapkowski](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 67 – Verordnung (EG) Nr 987/2009 – Art 60 Abs 1 – **Gewährung** von **Familienleistungen im Scheidungsfall** – Begriff **„beteiligte Person“** – Regelung eines Mitgliedstaats, wonach das Kindergeld dem **Elternteil zusteht**, der das **Kind in seinen Haushalt aufgenommen** hat – Wohnort dieses Elternteils in einem anderen Mitgliedstaat – Nichtbeantragung von Kindergeld durch diesen Elternteil – Etwaiges Recht des anderen Elternteils, dieses Kindergeld zu beantragen

### [22.10.2015, Rs C-425/14, Impresa Edilux und SICEF](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – Richtlinie 2004/18/EG – **Gründe** für den **Ausschluss** von der **Teilnahme** an einer **öffentlichen Ausschreibung** – Auftrag, der nicht den Schwellenwert für die Anwendung dieser Richtlinie erreicht – Grundregeln des AEU-Vertrags – **Erklärung** über die **Annahme** eines **Legalitätsprotokolls** zur **Bekämpfung** von **Kriminalität** – Ausschluss wegen der unterbliebenen Abgabe einer solchen Erklärung – Zulässigkeit – Verhältnismäßigkeit

## **B. Schlussanträge**

### [22.10.2015, Rs C-336/14, Ince \(GA Szpunar\)](#)

Freier Dienstleistungsverkehr – Glücksspiele – **Staatliches Monopol auf Sportwetten** – Erlaubnis – Ausschluss privater Veranstalter – Strafrechtliche Sanktionen – Richtlinie 98/34/EG – Entwurf technischer Vorschriften – **Notifizierungspflicht** – **Vereinbarkeit** einer **Lizenz** mit den Grundsätzen der **Transparenz** und der **Gleichbehandlung**

## **C. Gericht**

### [21.10.2015, Rs T-664/13, Petco Animal Supplies Stores](#)

Gemeinschaftsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der **Gemeinschaftswortmarke PETCO** – Ältere Gemeinschaftsbildmarke PETCO – **Relatives Eintragungshindernis** – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Aussetzung des Verwaltungsverfahrens – Regel 20 Abs 7 Buchst c und Regel 50 Abs 1 der Verordnung (EG) Nr 2868/95 – Klagegrund, der die Anträge nicht stützt – **Verbot, ultra petita zu entscheiden** – Unzulässigkeit

## **V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte**

### **20.10.2015, Beschwerde Nr. [11882/10](#), Pentikäinen / Finnland**

**Keine Verletzung** von **Art 10 EMRK** (Recht auf freie Meinungsäußerung); konventionskonforme Festnahme und anschließende Inhaftierung und Verurteilung des Bf **Journalisten** wegen **Widerstands gegen die Staatsgewalt** im Zuge einer **Demonstration**; hinreichende Interessenabwägung; keine willkürliche Behinderung der journalistischen Berichterstattung; Festnahme nicht wegen journalistischer Tätigkeit

### **20.10.2015, Beschwerde Nr. [25703/11](#), Dvorski / Kroatien**

**Verletzung** von **Art 6 Abs 1** (Recht auf ein faires Verfahren) und **Abs 3 lit c EMRK** (Recht auf Wahlverteidiger); im Zuge der Vernehmung des Bf wegen Mordverdachts wurde ihm weder der von seinen Eltern für ihn **gewählte Rechtsbeistand** zur Seite gestellt noch wurde er darüber **informiert**; Zustimmung zur Bestellung eines anderen Rechtsbeistands und Unterzeichnung eines **Geständnisses**, das als Beweis vor Gericht zugelassen wurde; **Verletzung** des Rechts auf ein faires Verfahren

### **20.10.2015, Beschwerde Nr. [35343/05](#), Vasiliauskas / Litauen**

**Verletzung** von **Art 7 EMRK** (Keine Strafe ohne Gesetz); im Jahr 2004 Verurteilung des Bf, der im Staatssicherheitsdienst der UdSSR tätig war, wegen **Völkermords** konventionswidrig; **rückwirkende Anwendung eines Straftatbestands** aufgrund der Tatsache, dass „Völkermord“ im Jahr 1953 zwar bereits unter Strafe gestellt war, jedoch noch kontrovers im Hinblick auf politische Gruppierungen interpretiert wurde

### **20.10.2015, Beschwerde Nr. [5201/11](#), Sher ua / Großbritannien**

**Keine Verletzung** von **Art 5 Abs 4** (Recht auf richterliche Haftprüfung) und **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); 13-tägige Inhaftierung der Bf wegen **Terrorismusverdachts** mündete in Freilassung ohne Anklage; hinreichende Interessenabwägung; Recht auf richterliche Haftprüfung darf zu **keiner Behinderung** bei der Ergreifung von effektiven Anti-Terrormaßnahmen seitens der Behörden führen



[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## Disclaimer

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Bau-recht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungs-verfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## Impressum

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Sarah Heiml

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.